



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

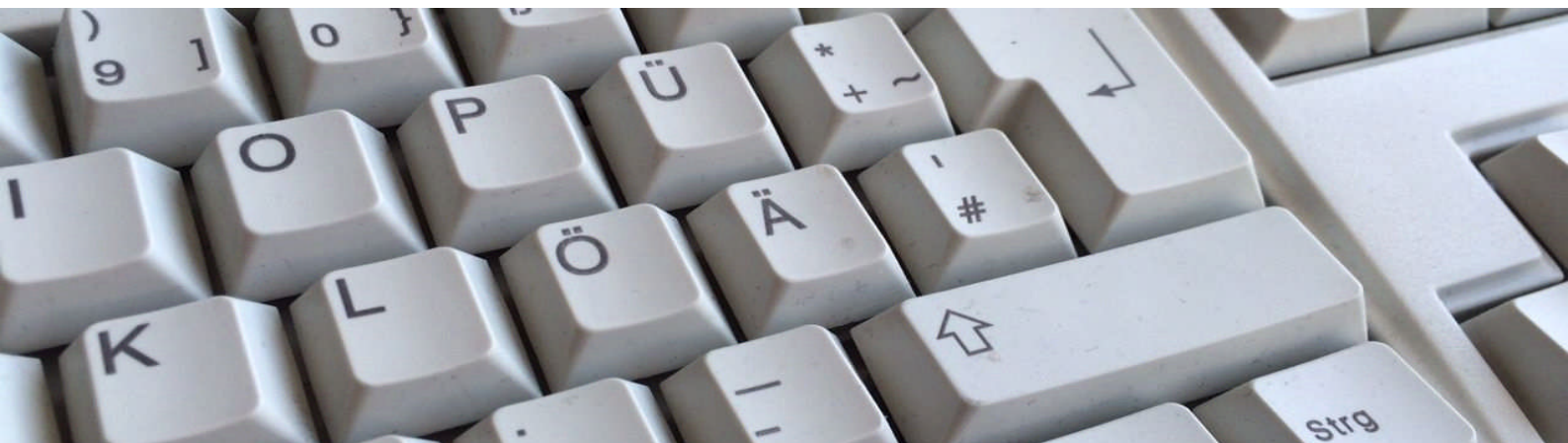
SPD



12. Juni 2015

Inhalt

- 1. Vorratsdatenspeicherung**
- 2. Gesundheitspolitik aus Sicht der Versicherten**
- 3. Entlastung des Mittelstands durch Bürokratieabbau**
- 4. Die SPD ist mit dem Handwerk eng verbunden - Hessischer Handwerkstag zu Besuch in Berlin**
- 5. Parlamentarischer Abend mit den evangelischen Landeskirchen**
- 6. Hohe Gewinne, dann auch faire Löhne! - Ver.di im Arbeitskampf mit der deutschen Post DHL Group**
- 7. Stärkung der Kultur im ländlichen Raum**



Vorratsdatenspeicherung

Am Freitag wurde der [Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten](#) in erster Lesung beraten. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzes soll auf Betreiben der SPD erst im September stattfinden, wodurch mehr Zeit für politische Meinungsbildung zur Verfügung steht. Damit können auch die Ergebnisse des Parteikonvents am 20. Juni 2015 sorgfältig ausgewertet werden.

In der Fraktionssitzung warb Bundesjustizminister Heiko Maas noch einmal ausdrücklich für den mit der Union ausgehandelten Kompromiss, der sich 1:1 an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts orientiere. Laut Maas seien die Speicherfristen so kurz wie nirgends in Europa. Darüber hinaus gäbe es einen Systemwandel, in Zuge dessen man keine Mindestspeicherfristen sondern Höchstspeicherfristen festlege. Er sei auch sicher, so Maas, dass das Gesetz gerichtsfest sei, weil die Urteilsbegründungen sehr genau beachtet wurden. Der Kern des Gesetzes sei die Möglichkeit, dass ein Richter die Überwachung bei Schwerekriminalen anordnen und man Verbrecher auch nachträglich ertappen könne. Einige Kolleginnen und Kollegen kritisierten dagegen das Missbrauchsrisiko bei der flächendeckenden Speicherung von Telekommunikationsdaten, welches nicht durch den angeblichen Nutzen gerechtfertigt sei.

Es gibt also Vorteile, aber auch nachvollziehbare Bedenken. Was aber immer möglich sein muss, ist Argumente sachgerecht abzuwägen. Deshalb sollte die „Misstrauenskultur“, die teilweise in den sozialen Netzwerken geschürt wird, nicht noch beflügelt werden, das schadet am Ende der Demokratie. Wir werden den Gesetzentwurf unaufgeregt und ohne Ideologien sehr sorgfältig beraten, um dann ganz am Ende des Verfahrens zu einem Votum zu kommen.

Gesundheitspolitik aus Sicht der Versicherten

In dieser Woche hat der Bundestag nicht nur das [Versorgungsstärkungsgesetz](#) verabschiedet, sondern das Bundeskabinett hat auch das Krankenhausstrukturgesetz beschlossen. Maßstab für die gesetzlichen Regelungen ist für uns immer die Patientenperspektive. Ziel der beiden Gesetze ist die Sicherstellung einer hochwertigen, flächendeckenden medizinischen Versorgung, gerade auch auf dem Land.



Mit Hilfe der Einführung von Terminservicestellen wollen wir den zeitnahen Zugang zu Facharztterminen innerhalb von 4 Wochen auch für die gesetzlich Versicherten sicherstellen. Ländliche Regionen machen wir für Ärzte attraktiver mit einer

Stärkung der Versorgung durch neue, teamorientierte und kooperative Strukturen in der Fläche, durch Medizinische Versorgungszentren, die jetzt auch Kommunen errichten können und die Förderung von Praxisnetzen.

Weiterhin ist die Sicherstellung einer gut erreichbaren Krankenhausversorgung ein Kernelement der Daseinsvorsorge. Auch zukünftig muss auf dem Land ein ausreichendes medizinisches Versorgungsangebot gewährleistet sein. Deshalb sind kleine Krankenhäuser, die für die Grundversorgung notwendig sind, besser finanziell zu unterstützen. Dafür haben wir für diese Häuser, die aufgrund geringer Fallzahlen nicht auskömmlich wirtschaften können, Sicherstellungszuschläge vorgesehen. Denn ein Krankenhaus mit 5000 Knieoperationen pro Jahr kann ganz anders wirtschaften als ein Krankenhaus mit 500. Bei Unterversorgung können Krankenhäuser zudem auch für die ambulante Versorgung geöffnet und somit wirtschaftlich gestärkt werden.

Uns ist Qualität im Krankenhaus wichtig. Wir verbessern das Entlassmanagement vom stationären in den ambulanten Bereich. Da in Deutschland oftmals viel zu schnell operiert wird, ist jetzt mit dem Anspruch auf eine medizinische Zweitmeinung sichergestellt, dass nur tatsächlich notwendige Eingriffe getätigt werden! Besondere Ergebnisqualität bei Operationen wird mit Zuschlägen belohnt.

Ferner muss auch gute Qualität in der Pflege tatsächlich am Krankenbett ankommen. Dafür werden die Pflegeberufe nicht nur aufgewertet, sondern sie werden auch besser bezahlt. Wir werden für die Förderung von Pflegepersonal Beitragsgelder in die Hand nehmen, da hiervon die Patientinnen und Patienten auch in Nordhessen profitieren. Die eingesetzten Mittel sind erheblich und belaufen sich auf eine Größenordnung von insgesamt über 2,7 Milliarden Euro bis 2018. Insgesamt fließt also deutlich mehr Geld in die Krankenhausversorgung.

Wir werden ein Pflegestellen-Förderprogramm einrichten. Damit stellen wir insgesamt bis zu 660 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2018 zur Verfügung, damit Krankenhäuser mehr Pflegekräfte einstellen können. Nach der dreijährigen Förderphase verbleiben dem Krankenhausbereich Finanzmittel in Höhe von zusätzlich jährlich bis zu 330 Millionen Euro für die unmittelbare pflegerische Patientenversorgung. Denn gute Versorgung und Pflege im Krankenhaus können nur gelingen, wenn Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenpfleger nicht dauerhaft überlastet sind.

Schließlich richten wir einen Innovationsfonds mit pro Jahr 300 Millionen Euro und einen Infrastrukturfonds mit einer Milliarde Euro ein.

Und schließlich wollen wir auch der Berufshaftpflichtproblematik bei den Hebammen entgegenwirken. Denn der Berufsstand der freiberuflichen Hebammen und Geburtshelferinnen stand unter erheblichem finanziellen Druck. Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz werden die Regressforderungen der Kranken- und Pflegekassen gegenüber den Hebammen bei einem Schadensfall beschränkt. Dadurch sollen die Versicherungsprämien stabilisiert werden. Die als Übergangsregelung bereits bestehenden befristeten Zuschläge werden durch einen Sicherstellungszuschlag abgelöst, der die Hebammen ab dem 1. Juli 2015 finanziell unterstützt.

Entlastung des Mittelstands durch Bürokratieabbau

Die Regierungskoalition möchte mit [dem Gesetz zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie](#) (Bürokratieentlastungsgesetz) insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entlasten. Rechtliche Vorgaben und daraus entstehende Kosten sollen nicht so hoch sein, dass die Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden oder nicht mehr so dynamisch wachsen können. Damit soll der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt und Impulse für Wachstum und Investitionen gesetzt werden.



Das nun beschlossene Gesetz wird aber nicht alleine zum gewünschten Ziel führen. Bereits im Dezember hatten die Koalitionäre daher ein Eckpunktepapier zur weiteren Entlastung der KMU von Bürokratiekosten vereinbart. Die Eckpunkte werden nun schrittweise umgesetzt. So folgen beispielsweise im Energiebereich bis 2017 die Einrichtung eines zentralen Registers für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bei der Bundesnetzagentur oder ein Gesetzentwurf zur Modernisierung des Bundesstatistikgesetzes, der im zweiten Quartal 2015 vorgestellt werden soll.

Die SPD wird weiterhin darauf achten, dass unnötige Bürokratiekosten vermieden werden und insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in den Regionen, die ja das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellen, weiter entlastet werden.

Die SPD ist mit dem Handwerk eng verbunden - Hessischer Handwerkstag zu Besuch in Berlin

Diese Woche fand in der hessischen Landesvertretung der parlamentarische Abend des hessischen Handwerkstages statt. Eine gute Gelegenheit für Handwerk und Politik sich auszutauschen. An diesem Abend konnten wir erneut feststellen: Wir haben viele gemeinsame Ziele!

Ganz besonders ist es beiden Seiten ein Anliegen, den Wirtschaftsmotor Handwerk in Hessen weiterhin so gut auf Kurs zu halten. Damit dies gelingt und damit das hessische Handwerk erfolgreich in die Zukunft geführt werden kann, müssen Handwerk und Politik Hand in Hand arbeiten. Wir müssen politische Rahmenbedingungen schaffen, die es dem Handwerk ermöglichen, weiterhin führend zu bleiben.



Die Sprecherin der SPD-Landesgruppe Hessen, Ulrike Gottschalck MdB, beim Hessischen Handwerkertag in Berlin
Foto: Jana Krajewski

Bildungschancen, duale Ausbildung und die Fortführung des Erfolgsmodells deutscher Meister müssen erhalten und gefördert werden. Insbesondere das Handwerk bildet Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss aus und gibt auch denjenigen eine Chance, die nicht den einfachsten Start ins Berufsleben haben. Dies tut das Handwerk auch mit jungen Flüchtlingen in Deutschland und gibt Ihnen so Perspektive und eine Beschäftigung, die Ihnen nicht nur finanziell hilft, sondern auch Anerkennung generiert. Somit leistet das Handwerk einen wichtigen Beitrag zur Integration in unserem Land.

Eine gemeinsame Aufgabe wird auch darin bestehen, den Ruf der handwerklichen Ausbildung zu stärken und den „Akademisierungswahn“ zu stoppen. Nach wie vor bleiben viele attraktive Lehrstellen im Handwerk unbesetzt, während sich auf der anderen Seite Akademiker schwer tun, überhaupt einen Job zu finden. In unserer immer älter werdenden Gesellschaft wird sich dieses Problem weiterhin verschärfen. Um die Herausforderungen zu meistern, müssen wir bei jeder Gelegenheit betonen: Ein Meisterzertifikat ist genauso wertvoll wie ein Universitätsabschluss in unserer Gesellschaft!

Parlamentarischer Abend mit den evangelischen Landeskirchen

Am Dienstagabend trafen sich Mitglieder der SPD-Landesgruppe Hessen mit den evangelischen Kirchen von Kurhessen-Waldeck und Hessen-Nassau. Thematische Schwerpunkte waren hier die Sterbehilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen. Bischof Dr. Martin Hein führte in das Thema assistierter Suizid ein und lobte ausdrücklich das Verfahren, mit dem der Deutsche Bundestag die schwierige Thematik behandelt. Die Orientierungsdebatte sei sehr wichtig gewesen und alle Abgeordneten seien wertschätzend miteinander umgegangen. Er verdeutlichte die Position der evangelischen Kirchen, die keinen Änderungsbedarf sehen, weil eigentlich alles geregelt sei und letztendlich die Verantwortung des Arztes entscheiden müsse.

Im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen betonte Kirchenpräsident Dr. Volker Jung, dass er froh sei, dass der Deutsche Bundestag das Thema Seenotrettung und die Entlastung der Kommunen ganz oben auf der Agenda hätte, gleichwohl müsse in diesem Bereich noch mehr geleistet werden. Beide Themen wurden sehr ausführlich diskutiert und es war ein spannender Abend.

Hohe Gewinne, dann auch faire Löhne!

Ver.di im Arbeitskampf mit der deutschen Post DHL Group

Der andauernde Tarifkonflikt zwischen der Gewerkschaft Ver.di und der Deutschen Post DHL Group geht in eine weitere Runde. Seit dieser Woche befindet sich Ver.di offiziell im Arbeitskampf und bestreikt die Briefverteilung. Die Problemlage in dieser Auseinandersetzung ist anders gelagert als in einem normalen Tarifkonflikt: Es geht vorrangig nicht um mehr Geld für die Angestellten der Deutschen Post, sondern um eine neue Ausrichtung und Unternehmensstrategie des Konzerns, die zu Lasten der Beschäftigten geht.

Anfang des Jahres hat die Post 49 regionale Subunternehmen gegründet. Die Angestellten wurden in diese Subunternehmen gelockt, indem ihnen ein unbefristeter Vertrag angeboten wurde. Allerdings mit einem deutlichen geringeren Gehalt. Das grenzt an Erpressung!

Wir haben uns in dieser Woche sowohl mit hochrangigen Vertretern von Ver.di als auch von der Deutschen Post DHL Group getroffen, um uns einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir der Meinung, dass ein Konzern, der seit Jahren große Gewinne erwirtschaftet, seine Beschäftigten auch daran teilhaben lassen muss. Während sich die Vorstände über erhöhte Gehälter freuen, müssen die Beschäftigten um eine unbefristete Stelle bangen. Und dann auch noch zu schlechten Konditionen. Das passt nicht zusammen!



Die SPD-Landesgruppen NRW und Hessen im Gespräch mit der DP DHL Group
Foto: Jana Krajewski

Unsere Aufgabe wird es nun sein, bei beiden Tarifpartnern für eine Schlichtung zu werben. Am Ende einer solchen Auseinandersetzung muss zwar immer ein Kompromiss stehen, dieser darf aber auf keinen Fall zu Lasten der Angestellten gehen, dafür setzen wir uns ein.

Stärkung der Kultur im ländlichen Raum



Der Name des Antrags von SPD und CDU/CSU, [Zukunftsweisende Kulturpolitik im demografischen Wandel – Stärkung der Kultur im ländlichen Raum](#), gibt bereits die Richtung vor, in die es gehen soll. Die ländlichen Regionen in Deutschland zeichnen sich durch eine beeindruckende kulturelle Vielfalt aus. In Hessen wird dies besonders deutlich: Vom Habichtswald im Norden bis zur Bergstraße im Süden ist Hessen weit über die Grenzen des Bundeslandes hinaus für seinen kulturellen Reichtum bekannt. Wahr ist aber auch, dass gerade die ländlichen Regionen die Folgen des demografischen Wandels spüren und vor enormen sozialen, ökonomischen

und finanziellen Herausforderungen stehen. Das hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf das kulturelle Leben vor Ort. Zum Beispiel ändert sich in einer älter werdenden Gesellschaft das Publikum und das betrifft auch die Besucher von Theatern, Museen, Opern, Orchestern, Büchereien und Kinos oder die Leserschaft von Büchern und Zeitungen. Auch für Künstlerinnen und Künstler ändern sich die Rahmenbedingungen.

Unser Antrag will Anstoß geben, den demografischen Wandel kulturpolitisch aktiv zu nutzen und zu gestalten. Denn ein lebendiges kulturelles Angebot verbindet die Menschen und schafft Lebensqualität und zwar in der Stadt wie auf dem Land. Lebendige Kulturräume in ländlichen Regionen können sogar Kristallisationspunkte für einen regionalen Aufschwung werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass beispielsweise die Möglichkeiten von regionaler Umverteilung zwischen Stadt und Land oder zwischen einzelnen Räumen oder stärkere Kooperationen und Partnerschaften und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die Kultur im ländlichen Raum mit Leben füllen. Ein gutes Angebot an Theater, Kino, Bibliotheken und ein lebendiges kulturelles Miteinander in der Gemeinschaft vor Ort wirken sinn- und identitätsstiftend und können die Verbundenheit mit dem Heimatort stärken.

Unser Tipp:

*- **Ausbildungs-Ass 2015:** Besonders engagierte Ausbilder können sich auch in diesem Jahr wieder für den Titel Ausbildungs-Ass 2015 bewerben. Mitmachen können Unternehmen, Handwerksbetriebe, Schulen und Institutionen in Deutschland, die sich besonders für Ausbildungen einsetzen. Bewerben kann man sich online bis zum 31. Juli. Weitere Informationen gibt es unter <http://ausbildungsass.de/>*

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia